

Antrag 11/I/2020

KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro

1 Die SPD setzt sich für eine Erhöhung des gesetzlichen
2 Mindestlohns auf mindestens 15 Euro ein. Der gesetzliche
3 Mindestlohn soll für alle Arbeitnehmer*innen gelten. Aus-
4 bildungsverhältnisse sind davon nicht betroffen. Von der
5 Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns werden insbe-
6 sondere die systemrelevanten Berufe (Stichwort: COVID-
7 19-Pandemie) profitieren.

8

9 **Begründung**

10 Von einer deutlichen Erhöhung des Mindestlohnes wür-
11 den insbesondere Berufsgruppen profitieren, die im Rah-
12 men der Covid 19 Pandemie als systemrelevant gezeigt ha-
13 ben. Dazu gehören unter anderem Beschäftigte des Ein-
14 zelhandels, insbesondere des täglichen Bedarfes, Reini-
15 gungspersonal und Pflegepersonal.

16

17 Der aktuelle Mindestlohn von 9,35 Euro liegt unter der
18 Niedriglohnschwelle, die 2018 bei 13,40 Euro lag. Hier
19 greift auch die diskutierte Erhöhung auf 12 Euro zu kurz.
20 Weder der bisherige Mindestlohn noch die diskutier-
21 te Mindestlohnerhöhung garantieren, dass Arbeitneh-
22 mer*innen trotz einer Vollzeitbeschäftigung eine ange-
23 messene Existenzsicherung erhalten. Besonders für Ge-
24 ringverdienende und Alleinerziehende, welche dann auch
25 noch in Städten mit hohen Mieten leben, reicht der Min-
26 destlohn nicht. Vollzeitbeschäftigte dürfen nicht mehr auf
27 zusätzliche Leistungen nach dem SGB II angewiesen sein,
28 um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Der derzeitige Min-
29 destlohn schützt auch nicht vor Altersarmut. Um das Ni-
30 veau der Grundsicherung zu erhalten, ist eine deutliche
31 Erhöhung des Mindestlohns notwendig.

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung (Kein Konsens)